bnr.de
blick nach rechts

3. September 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 18/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Personalprobleme 2

Die NPD kann im Westen der Republik keinen Fuß auf die Erde bringen – Parteichef Udo Voigt sieht die „historische Stunde" noch kommen.

Warnschuss 3

Bei der Landtagswahl hat die thüringische NPD ein überraschend hohes Ergebnis eingefahren – der dortige Landesverband tritt besonders radikal auf.

Unter Erfolgsdruck 4

In Brandenburg setzt die NPD auf Krawall – bei den Umfragewerten steht sie wie auch die DVU ziemlich schlecht da.

Parteikarrieren 5

Die NPD-Landtagsfraktion in Sachen hat zwei neue Mitglieder.

„Bluts-Deutscher" 5

Der neue Trierer NPD-Stadtrat Babic ist in der eigenen Partei umstritten.

„Neue politische Kraft" 6

Die „pro"-Gruppen prahlen mit einem „historischen Wahlsieg" – sie müssen sich allerdings weitgehend auf das Rheinland beschränken.

Hetze und Hass 7

Razzia gegen Bandmitglieder von „Haftbefehl".

Brauner Protestmarsch 7

Rechtsextreme Umtriebe in Berlin-Neukölln.

SEITENBLICK 8

Gruselige Vorbilder 8

Pädogogen, die für die NPD kandidieren, sind längst keine Einzelfälle mehr. Rechtsextreme Indoktrination findet aber auch im Klassenzimmer statt.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

Schauriger Jahrestag 10

Der Erlass der Richtlinien für die Einsatzgruppen und die Schaffung des Reichssicherheitshauptamts im September vor 70 Jahren waren wichtige Bausteine im NS-Rasse- und Vernichtungskrieg.

MELDUNGEN 11

Personalprobleme

Die NPD kann im Westen der Republik keinen Fuß auf die Erde bringen – Parteichef Udo Voigt sieht die „historische Stunde" noch kommen.

Manchmal verrät ein einziger Satz so viel über den Zustand einer Partei wie umfangreiche Analysen. Oberhausens NPD-Kreisverband liefert mit einem solchen Satz unfreiwillig eine Erklärung dafür, warum es der extrem rechten Partei in weiten Teilen Westdeutschlands und insbesondere in Nordrhein-Westfalen nicht gelingt, einen Fuß auf die Erde zu bringen. Ihren Rückblick auf die Neuwahl der NRW-Kommunalparlamente am 30. August leitet die lokale NPD so ein: „Das erste Mal, in ihrer 44-jährigen Geschichte, kandidierte die NPD Oberhausen anlässlich einer Kommunalwahl."

Vom Osten lernen heißt siegen lernen, hatte man sich im Vorfeld der Wahl bei der nordrhein-westfälischen NPD offenbar gedacht und die Zahl der Kandidaturen für Kreistage und Stadträte deutlich erhöht. Auch die NPD-Spitze hatte nachdrücklich deutlich gemacht, wie wichtig eine kommunale Verankerung für eine Partei ist, die aus dem Ghetto der 0,x- oder 1,x-Ergebnisse herauskommen will. Wenige Tage vor der Wahl drohte Parteichef Udo Voigt sogar, dass Landesverbände, die dies nicht beherzigen, demnächst eine noch dürftigere Unterstützung aus Berlin zu erwarten haben: „Im Parteivorstand erklären wir nur noch Schwerpunktwahlen für die Bundesländer, in denen auch ein kommunalpolitischer Unterbau vorhanden ist."

Der Aufbau des Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen werde „auf eine neue Stufe gehoben", so Voigt, wenn es der NPD bei der Kommunalwahl gelinge, „eine dreistellige Zahl von Mandatsträgern zu erringen". Doch von solchen Zahlen blieb die NPD am 30. August weit entfernt. Hatte sie in der zu Ende gehenden Wahlperiode zwölf Vertreter in Stadträte und Kreistage schicken können, werden dies zwar künftig exakt doppelt so viele sein, aber das Wahlziel wurde bei weitem verfehlt.

Immerhin gelang es der NPD, neu in die Räte einiger Großstädte einzuziehen, so in Dortmund (dort sitzt außerdem noch ein DVU-Vertreter im Stadtparlament), Essen, Bochum und Wuppertal, sowie in drei Kreistage: in Siegen, Viersen und Düren. Auf der anderen Seite aber musste die NPD registrieren, dass sie mit einer Ausnahme in allen Städten und Kreisen, in denen sie 2004 bereits den Parlamentseinzug geschafft hatte, diesmal Verluste hinzunehmen hatte. Das hat zum einen Folgen, weil die NPD nur noch Einzelabgeordnete stellt und so nirgendwo in den Genuss einer Gruppen- oder Fraktionsfinanzierung gelangt. Zum anderen zeigt es aber auch, dass der Aufbau einer kommunalen Basis kein Selbstläufer ist – zumal wenn die Qualität des Personals, das in die Parlamente geschickt wird, eher dürftig ist.

Diese Erfahrung hatte im Übrigen auch die NPD im Saarland bereits machen müssen, als sie bei der Kommunalwahl im Juni deutliche Verluste zu verzeichnen hatte. Dieser Trend setzte sich bei der Landtagswahl am 30. August fort. Hatte die Saar-NPD vor der Hintergrund der Diskussion über die Hartz-IV-Gesetzgebung 2004 im kleinsten deutschen Flächenland noch 4,0 Prozent erreicht, so kam sie diesmal nicht über 1,5 Prozent hinaus. Zu den Kommunen, in den sie besonders viele Stimmen einbüßte, gehören die zwei Städte, in denen die NPD auch in den Räten vertreten ist: die Landeshauptstadt Saarbrücken (minus 3,1 Prozent) und Völklingen (minus 7,5 Prozent).

Seit jener Landtagswahl 2004 im Saarland ist die NPD im Westen der Republik nirgendwo mehr über 1,9 Prozent hinausgekommen. Der Aufbau in den westdeutschen Ländern kommt nicht recht voran. Und auch wenn Voigt in seinem Resümee der Landtagswahlen vom 30. August meinte, die NPD sei „insbesondere in Mitteldeutschland endgültig eine feste Größe im politischen Geschehen", muss er doch nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen registrieren, dass ihr auch im Osten Grenzen gesetzt sind. Illusionen über den Ausgang der Bundestagswahl am 27. September macht sich Voigt daher inzwischen nicht mehr. Die „historische Stunde der Nationaldemokraten", so glaubt er, komme nach der Bundestagswahl: „Es wird nicht ausbleiben, daß dem jetzt spürbaren Linksruck ein nicht minder deutlicher Rechtsruck folgt." Es klingt wie das Pfeifen im Walde.

Tief im Westen kam die NPD der Ruhrgebietsstadt Oberhausen, die knapp viereinhalb Jahrzehnte brauchte, ehe sie sich den Bürgern erstmals bei einer Wahl des Stadtrats präsentierte, am Wahlsonntag auf 0,1 Prozent.

Tomas Sager

Warnschuss

Bei der Landtagswahl hat die thüringische NPD ein überraschend hohes Ergebnis eingefahren – der dortige Landesverband tritt besonders radikal auf.

Nur knapp – um 0,7 Prozentpunkte – scheiterte die thüringische NPD bei den Landtagswahlen an der Fünf-Prozent-Hürde. Bis zuletzt hoffte die Riege um Frank Schwerdt und Patrick Wieschke in ihrem Domizil in Kirchheim doch noch auf einen Sieg. Im ungarisch geprägten „Romantischen Fachwerkhof" in Kirchheim, gelegen zwischen Arnstadt und Erfurt, erwarteten rund 70 Neonazis am 30. August um 18.00 Uhr die Wahlergebnisse. Vor der Tür hatten sich Ordner unter Führung von Ralf Wohlleben aus Jena aufgestellt. Vorsorglich hatte sich die NPD mit Einlasskarten in den Landtag für zehn führende Kameraden darunter neben Schwerdt, Wieschke und Wohlleben auch Uwe Bäz-Dölle (DVU-Stadtrat in Lauscha), Martin Rühlemann und Peter Nürnberger versorgt. Doch nach dem gescheiterten Sprung ins Erfurter Parlament verharrten die Neonazis lieber in Kirchheim.

Weit entfernt in der NPD-Parteizentrale hatte wohl niemand wirklich an den Einzug der Partei in den Erfurter Landtag geglaubt. Die Prognosen lagen bei drei Prozent. Udo Voigt zeigte Präsenz bei der Fraktion in Sachsen. Auch Medienvertreter und Politiker zeigten sich an dem Sonntagabend in Erfurt mehrfach überrascht über das relativ hohe Ergebnis der NPD. Dabei hatte sich ein Erfolg für die Neonazis bereits bei den Kommunalwahlen im Juni abgezeichnet, deren Vertreter zogen in 11 von 23 Landkreisen und kreisfreien Städten in den Kreistag ein und errangen Mandate in den Kommunalparlamenten von Erfurt, Eisenach und Weimar. Bei der Bundestagswahl 2005 holte die NPD im Land bereits 3,7 Prozent.

Massiv unterstützt von den Freien Kräften hatte die thüringische NPD einen weitestgehend autonomen, aber massiven Wahlkampf – nur partiell von der Parteiführung in Berlin unterstützt – geführt. Hürden gab es für die Neonazis genug, so konkurrierten die Republikaner und jagten ihnen rund 0,4 Prozent der Stimmen ab; unentschlossene Wähler votierten auch für die „Freien Wähler". Zudem hatte sich die Wahlbeteiligung anders als in Sachsen auf 56 Prozent erhöht, ein für kleine Parteien wie die NPD ungünstiger Fakt. In den Städten regte sich zum Teil massiver Widerstand, die Wahlhelfer unter Wieschke konzentrierten sich vor allem auf die ländlichen Regionen.

Die höchsten Wahlergebnisse erzielte der radikal auftretende Landesverband mit über 6 Prozent in Saalfeld-Rudolstadt, gefolgt von Wahlkreisen im Altenburger Land. Gerade in diesen Regionen gelten die Neonazis als gut verankert. Die einzige Frau unter den NPD-Direktkandidaten, Mandy Schneider aus Greiz, erzielte 4,8 Prozent der Erststimmen. Der mehrfach verurteilte Neonazi Thorsten Heise bekam in seinem Heimatort Fretterode Zuspruch mit rund 10 Prozent Stimmenanteil, im Landkreis Eichsfeld lag die NPD dagegen unter dem Landesdurchschnitt. Relativ wenig Erfolg hatte die NPD auch in den Städten Jena und Erfurt. Dort musste sich Spitzenkandidat Frank Schwerdt mit unter drei Prozent zufrieden geben.

Ingesamt erzielte die NPD in Thüringen über 47 500 Stimmen, bei den Landtagswahlen in Sachsen kamen über 100 000 Stimmen zusammen und im Saarland etwa 8000 Stimmen. Die Wahlkampfkostenerstattungen für diese drei Wahlen werden bei rund 132 000 Euro liegen. Hinzu kommen durch die staatliche Parteienfinanzierung noch 0,38 Euro für jeden Euro, den sie als Zuwendung, sei es durch Spenden oder Mitglieds-, und Mandatsträgerbeiträge, erhalten haben. Zudem kann die NPD in Sachsen nach dem erneuten Einzug in den Landtag versuchen, Gelder für eine Parteistiftung geltend zu machen sowie ihre Kommunalpolitische Vereinigung aus dem Landeshaushalt finanzieren zu lassen.

Durch noch stärker ausgeprägte Basisarbeit, eine Fortführung ihrer kulturellen und vorpolitischen Aktivitäten, könnte die NPD in Thüringen ihre kommunale Verankerung weiter vorantreiben. Verstärkt widmet sich die Führung unter Patrick Wieschke dem Mittelstand und den Frauen. Die Szene unterhält an mehreren Orten bereits Immobilien wie in Pößneck, wo am 12. September das neonazistische „Fest der Völker" stattfinden soll – und kann auf eine Anzahl von sicheren Lokalitäten wie in Kirchheim zurückgreifen. Nur ein Stützpunkt ist ihnen abhanden gekommen: kurz vor dem Wahltag wurde das „Braune Haus" in Jena in Abwesenheit der Neonazi-Bewohner von der Polizei geräumt.

Andrea Röpke

Unter Erfolgsdruck

In Brandenburg setzt die NPD auf Krawall – bei den Umfragewerten steht sie wie auch die DVU eher schlecht da.

NPD-Chef Udo Voigt gibt sich siegessicher. Die Ergebnisse seiner Partei bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen seien das Fundament, von dem aus die Nationaldemokraten „in die Endphase des Bundestagswahlkampfes und die Landtagswahlkämpfe in Brandenburg und Schleswig-Holstein durchstarten“ könnten.

Zumindest für Brandenburg hegen Experten Zweifel daran, dass die NPD in den Landtag einziehen kann. Da in Brandenburg die Wahlen zum Bundestag und zum Landtag zeitgleich am 27. September abgehalten werden, dürfte die Wahlbeteiligung deutlich höher ausfallen als gewöhnlich bei Abstimmung auf Landesebene. Damit dürfte es der NPD noch schwerer fallen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

Das Moses-Mendelssohn-Zentrum in der Landeshauptstadt Potsdam warnt in einer Analyse der Ergebnisse aus Sachsen und Thüringen aber: „Das rechtsextreme Wählerpotenzial in den neuen Ländern liegt stabil über fünf Prozent.“ Der Erfolg der NPD gründe dort auf einer stabilen Verankerung im rechtsextremen Milieu und einem gewissen Stammwählerpotenzial. Inzwischen ist sogar von der NPD als reiner Ostpartei die Rede.

In Brandenburg konkurriert die NPD nach der Aufkündigung des Deutschland-Paktes mit der DVU. Die sitzt seit zwei Legislaturperioden im Potsdamer Landtag, kann aber im Gegensatz zur NPD kaum auf eine aktive Anhängerschaft zurückgreifen – auf ein gefestigtes Wählerpotenzial im rechtskonservativen Lager besonders in den älteren Jahrgängen allerdings schon. Dennoch geht die DVU personell geschwächt in den Wahlkampf. Ende August starb der Landtagsabgeordnete Sigmar-Peter Schuldt, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und Landeschef der Partei. Er kandidierte an zweiter Stelle der Landesliste für den neuen Landtag. Die Umfragewerte für die DVU sind mit unter zwei Prozent der Stimmen mies, für die NPD sind es nur wenig mehr.

Wegen der schlechten Aussichten setzt die NPD nun auf Krawall – und das in Brandenburg, das bundesweit inzwischen als Musterland in Sachen staatlicher Repression und zivilgesellschaftlicher Initiative gegen Rechtsextremismus gilt. Zwar dürften die Wahlplakate aus Sachsen nun auch bald in der Mark an den Masten hängen, doch Landeschef Klaus Beier setzt lieber auf medienwirksame Aktionen. Wie berichtet, hatte die NPD ein Gastspiel des Fußball-Zweitligisten Energie Cottbus in Storkow (Motto: Mit Energie für Toleranz) mit Protestankündigungen torpediert, bis der Verein seine Teilnahme schließlich absagte. Mitte August tauchte Klaus Beier mit mehreren seiner braunen Gesinnungsgenossen bei einer Wahlkampfveranstaltung der SPD im Kurort Bad Saarow auf. Der Landkreis Oder-Spree ist NPD-Hochburg in Brandenburg, hier sitzt Beier auch im Kreistag. Einer der zehn Rechtsextremisten beschimpfte den Generalsekretär der brandenburgischen SPD, Klaus Ness, mehrfach als „Irrer“. Ein anderes Mal störten NPDler ein Sommerfest der Linken in der Lausitz.

Auch die Kinderschänder-Kampagne führt Beier fort. Ende August marschierte ein brauner Trupp durch Joachimsthal, einem Städtchen nördlich von Berlin. Dort wohnt ein verurteilter Sexualstraftäter, der nach 22 Jahren Haft wegen einer Justizpanne im vergangenen Jahr auf freien Fuß kam und unter Aufsicht steht. Selbst eine Bürgerinitiative gegen den Aufenthalt des Mannes im Ort gibt es. Doch gezündet hat der als Mahnwache deklarierte Aufmarsch der NPD unter dem Motto „Keine Gnade für die Täter! – Geborgenheit statt Angst“ in der Stadt nicht. Stattdessen gab es starke Gegenaktionen. Derlei macht Parteimitglieder nervös. So ist ein Journalist, der in der Uckermark ein Internetportal gegen Rechtsextremismus betreibt, kürzlich bedroht worden. Ein Rechtsextremist stellte sich dem Journalisten in den Weg, gestikulierte wild, beschimpfte ihn als „Judensau“ und drohte: „Wir wissen wo du wohnst.“

Die NPD steht also unter Druck, besonders Beier als Pressesprecher und Bundesgeschäftsführer seiner Partei, aber auch als Vertreter der Voigt-Lagers, hat sich weit aus dem Fenster gelehnt. Denn maßgeblich hatte er das Ende des Deutschland-Pakts mit der DVU betrieben – auch aus finanziellen Erwägungen, um mit der Wahlkampfkostenrückerstattung wieder Geld in die Kassen der Partei zu spülen.

Alexander Fröhlich

Parteikarrieren

Die NPD-Landtagsfraktion in Sachen hat zwei neue Mitglieder.

Die „Wessis“ Andreas Storr und Arne Schimmer sind die „Neuen“ der am 30. August neugewählten achtköpfigen sächsischen NPD-Fraktion, der Holger Apfel, Johannes Müller, Winfried Petzold, Jürgen Gansel, Gitta Schüßler und Alexander Delle angehören. Storr und Schimmer haben zuletzt unter anderem das Referat Öffentlichkeitsarbeit im Landesvorstand der Sachsen-NPD betreut.

Der gelernte Bankkaufmann Andreas Storr (Jg. 1968), ist NPD-Stadt- und Kreisrat in Görlitz, NPD-Chef in Niederschlesien-Oberlausitz, Landesvorstandsmitglied und Landespressesprecher. Storr ist seit seinem 18. Lebensjahr in der NPD aktiv. 1993/1994 war er Bundeschef der Jungen Nationaldemokraten, gehörte um die Jahrtausendwende dem NPD-Bundesvorstand an. 1997 wollte die JN-Führung ein Schiedsgerichtsverfahren gegen Storr wegen parteischädigenden Verhaltens einleiten. Storr hatte zuvor öffentlich dem JN-Vorstand vorgeworfen, mit „bekennenden Nationalsozialisten“ zusammenzuarbeiten. Als Weichei gilt Storr dennoch nicht in seiner Partei. Auf einer NPD-Demonstration am 15. Juli 2000 in Dresden führte Storr aus: „Wir leben heute in einer Diktatur und ich sage auch, in der schlimmsten Diktatur, die es je in diesem Lande gab.“ An anderer Stelle schwadronierte er über die „gleichförmige Berieselung der Deutschen mit der vorgegebenen Zentralmeinung“, die den „falschen Eindruck“ erzeuge, „dass die Vertreter der Ausländerisierung, der Holocaust-orientierten Sonderrolle Deutschlands … sich in der Mehrheit befinden“.

Schimmer (Jg. 1974), Diplom-Ökonom, ist Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion und gehört dem Landesvorstand an. Der einstige Autor der „Jungen Freiheit“ beklagte vor Jahren in seinen „Thesen zum Verbotsantrag gegen die NPD“, dass „die nationalsozialistischen Verbrechen“ zum „tragenden, entrückten Element einer neuen Quasi-Religion gemacht werden sollen“. Die Bundesrepublik, so Schimmer, gleiche „immer mehr der Light-Version, dem Zerrbild einer anderen antifaschistischen Diktatur auf deutschem Boden“.

Anton Maegerle

„Bluts-Deutscher“

Der neue Trierer NPD-Stadtrat Babic ist in der eigenen Partei umstritten.

Unter Protesten von vorwiegend jungen Leute wurde am 25. August der NPD-Spitzenfunktionär Safet Babic (Jg. 1981) als Stadtrat in Trier verpflichtet. Dem gebürtigen Bosnier Babic war als erstem NPD-Vertreter bei den Kommunalwahlen am 7. Juni mit 1290 Stimmen der Einzug in den Trierer Stadtrat gelungen. Mit diesem Ergebnis hätten die Wähler laut Babic „den Herrschenden einen kräftigen Denkzettel verpasst und ein Signal gegen die Arroganz der Macht gesetzt“.

Babic ist rheinland-pfälzischer NPD-Vize sowie Landesparteisprecher, NPD-Kreischef in Trier und Redaktionsmitglied der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS). Seinen politischen Werdegang startete Babic angeblich als 13-Jähriger. Damals verteilte er vor seiner Schule Flugblätter der Republikanischen Jugend. Als Autor in Szene-Publikationen wie „Sleipnir“ machte Babic erstmals im Alter von 16 Jahren auf sich aufmerksam. 1998 wurde er Vorstandsmitglied der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen in Hessen und schloss sich den Jungen Nationaldemokraten und dem Nationaldemokratischen Hochschulbund an. Seit Ende 1998 ist Babic mit Beiträgen in der DS vertreten. Als Referent trat er unter anderem bei der JN-Osterschulung im Jahr 2000, bei der Deutschen Akademie oder der Gesellschaft für freie Publizistik in Erscheinung. Im Dezember 2003 gelang der von ihm gegründeten NPD-nahen „Freiheitlich Sozialen Liste“ der Sprung in die Studentenvertretung der Universität Trier. Erstmals seit 1974 zog mit Babic ein NPD-Aktivist in ein westdeutsches Studentenparlament ein.

Der gebürtige Bosnier Babic ist jedoch in NPD-Reihen nicht unumstritten. Im Juni 1999 erklärte der gesamte JN-Landesvorstand Sachsen seinen Rück- und Austritt, weil die Aufnahme Babics in die JN nicht rückgängig gemacht wurde. 2003 löste sich der NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin wegen Babic auf: „Da sich die NPD offenbar vom Grundsatz ‚Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist‘ verabschiedet, hat sie ihr Existenzrecht verloren und reiht sich ein bei den Feinden unseres Volkes.“

Anton Maegerle

„Neue politische Kraft“

Die „pro“-Gruppen prahlen mit einem „historischen Wahlsieg“ – sie müssen sich allerdings weitgehend auf das Rheinland beschränken.

Bisweilen werden Markus Beisicht und Markus Wiener, der Vorsitzende von „pro NRW“ und sein Generalsekretär, verspottet wegen ihres Hangs zur maßlosen Übertreibung, wenn es um angebliche oder tatsächliche Erfolge ihrer selbst ernannten „Bürgerbewegung“ geht. Kein Superlativ ist ihnen zu groß, wenn es ihnen um die Darstellung der extrem rechten Populistentruppe geht. So gesehen, überraschte es nicht, als die beiden Lautsprecher vom Rhein am Montag hypereuphorisiert eine Bilanz der NRW-Kommunalwahl zogen. Einen „sensationellen Wahlerfolg“, einen „historischen Wahlsieg“ gar feierten sie – kurz und gut: ein „politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr“.

Zumindest an der Ruhr freilich war überhaupt nichts von dramatischen Erderschütterungen zu spüren – schließlich hatte es „pro NRW“ nicht geschafft, in irgendeinem Landkreis oder einer Stadt längs der Ruhr zu kandidieren. „Pro NRW“ ist bislang ein Phänomen des Rheinlands mit zwei Exklaven in Gelsenkirchen und im ostwestfälischen Lemgo. Und selbst am heimischen Rhein bebte nichts, auch wenn „pro“ in allen Kreisen und Städten, in denen man kandidierte, auch in die Parlamente einzog und am Ende 45 Mandate holte: 21 in Stadträten, fünf in Kreistagen und 19 in Bezirksvertretungen.

Schon das Ergebnis in Köln verdient eine Relativierung. „Kräftig zugelegt“ habe man dort, resümierte „pro Köln“. Diesmal kam die „Bürgerbewegung“ auf 5,4 Prozent, vor fünf Jahren waren es 4,7 Prozent. Ob man einen Anstieg von 0,7 Prozent vor dem Hintergrund, dass die Rechtspopulisten auf ein zweistelliges Ergebnis gehofft hatten, aber als kräftige Zunahme deuten kann, scheint zweifelhaft. Erst recht vor dem Hintergrund, dass 2004 auch die „Republikaner“ in der Domstadt angetreten waren und 0,9 Prozent geholt hatten. Unterm Strich ist also jener Teil des extrem rechten Wählerpotenzials, der nicht gleich zur neonazistischen NPD neigt, in etwa gleich groß geblieben. Allerdings: „Pro Köln“ hat sich festgesetzt in der größten Stadt des Landes. Und das flächendeckend: In allen neun Bezirksvertretungen sitzen Vertreter der „Bürgerbewegung“.

Auch rund um Köln gelang der Einzug in Kommunalparlamente. In Leverkusen, wo Beisicht als Spitzenkandidat antrat, kam „pro NRW“ mit 4,0 Prozent und drei Mandaten in den Stadtrat, in Bonn mit 1,6 Prozent und einem Mandat, im Rhein-Erft-Kreis mit zwei Sitzen (2,6 Prozent) und mit jeweils einem Sitz im Rheinisch-Bergischen Kreis (2,0 Prozent), im Oberbergischen Kreis (1,8 Prozent) und im Rhein-Kreis Neuss (1,7 Prozent). Außerdem kandidierte „pro“ in der Region für vier Stadträte kreisangehöriger Kommunen. Das beste Ergebnis wurde in Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) mit 5,96 Prozent (3 Mandate) erzielt. Ebenso wie in Radevormwald (Oberbergischer Kreis, 5,1%) können die Rechtspopulisten in Dormagen (Rhein-Kreis Neuss, 4,5%) zwei Sitze im Stadtrat belegen. In Leichlingen (Rheinisch-Bergischer Kreis) reichte es mit 2,9 Prozent für ein Mandat. Außerhalb ihres Stammlandes kandidierte „pro“ lediglich in Gelsenkirchen (4,3 Prozent, 3 Mandate) und in Lemgo (1,9 Prozent, 1 Mandat). In Gelsenkirchen traten sie quasi die Nachfolge der Republikaner an, die dort vor fünf Jahren 4,0 Prozent geholt hatten.

„Landtagseinzug in greifbare Nähe gerückt“

Insgesamt standen die „pro“-Gruppierungen nur bei etwa 2,5 Millionen Wahlberechtigten auf den Stimmzettel, also bei etwa einem Sechstel der Wählerschaft in NRW. Nichtsdestotrotz tönt Wiener, bisher Angestellter der Fraktion und künftig Ratsmitglied in Köln, „pro“ habe es „landesweit geschafft, sich parlamentarisch zu verankern“. Und Beisicht richtet den Blick bereits voraus: „Mit diesem Ergebnis im Rücken ist jetzt ein Einzug in den NRW-Landtag bei der Landtagswahl im Mai 2010 in greifbare Nähe gerückt!“ Noch weiter wagt sich Manfred Rouhs hervor, Geschäftsführer der Kölner Fraktion und Vorsitzender der „Bürgerbewegung pro Deutschland“, die sich dem bundesweiten Export der Kölner „Erfolgsgeschichte“ verschrieben hat: Man werde „eine neue politische Kraft im Parteiengefüge der Bundesrepublik Deutschland verankern“. Die Wahlergebnisse hätten deutlich gemacht, „dass dafür überall in Deutschland mehr als fünf Prozent Wählerpotenzial erschlossen werden können“. Das hat „pro“ zwar bisher lediglich in Köln, Bergheim und Radevormwald geschafft – aber auch Rouhs beherrscht halt die Kunst der Lautsprecherei.

Tomas Sager

Hetze und Hass

Razzia gegen Bandmitglieder von „Haftbefehl".

Die Polizei hat die Wohnungen von drei Mitgliedern der rechtsextremen Szeneband „Haftbefehl" im sächsischen Reichenbach und bayerischen Hof durchsucht. Beschlagnahmt wurden CDs, Laptops und Festplatten. Die Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung wurden durch die jüngst veröffentlichte „Haftbefehl"-CD „Zurück nach vorn" ausgelöst. Die 12 Lieder umfassende Debüt-CD enthält „Texte über inhaftierte Kameraden, Presseschmierer und die politische Lage in Deutschland". Lobende Worte zur CD finden sich auf der Homepage der „Freien Nationalisten Witten". Die Neonazis aus Nordrhein-Westfalen bescheinigen „Haftbefehl" einen „echt guten flotten Rechtsrock". Musikalische Vorbilder sind nach Angaben von Bandmitglied „Paul" ältere Szene-Bands wie „‚Freikorps', ‚Wotan', ‚Kraftschlag'". In einem Interview mit dem Neonazi-Blatt „Wunsiedler Widerstand" rief „Paul" „alle Kameraden" dazu auf: „bleibt standhaft, der Kampf geht weiter …"

Chef und Gründer der im Jahr 2000 ins Leben gerufenen Band „Haftbefehl" ist der 29-jährige Rene Porolla. Der knasterfahrene Porolla, Szenename „Ignatz", wurde im März 2005 wegen Verwendens verfassungswidriger Symbole zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Porolla hatte Hakenkreuze auf seiner Homepage präsentiert und den Reichenbacher Bürgermeister als „Freund der nationalsozialistischen Bewegung" verleumdet. Vor Gericht erschien der Neonazi mit einem Szene-T-Shirt mit dem Aufdruck „Besser leben mit Naziläden". Drei Wochen später stand Porolla mit zwei Gesinnungskameraden erneut vor Gericht. Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch. Das Gericht konnte jedoch nicht den Beweis erbringen, dass das Trio im Februar 2004 in die Wohnung einer Frau in Reichenbach eingedrungen war, Einrichtungsgegenstände zerstört und eine Menge CDs entwendet hatte. Die Polizei hatte in der Wohnung eine Urinpfütze übersehen, deren DNA den Beweis erbracht hätte, ob wenigstens einer der Angeklagten in der Wohnung war. So müsste der Richter einen Freispruch verkünden und erklären, „dass die Drei doch etwas mit der Sache zu tun hatten".

Anton Maegerle

Brauner Protestmarsch

Rechtsextreme Umtriebe in Berlin-Neukölln.

Rund 90 Angehörige der rechtsextremen Szene haben am 27. August abends an einer Spontandemonstration in Berlin-Neukölln beteiligt. Der Aufmarsch, zu dem nicht öffentlich mobilisiert wurde, führte mit schwarzen Fahnen aber ohne Transparente durch die Ortsteile Britz und Buckow. Unter den Teilnehmern wurden Neuköllner Rechtsextremisten, wie Roman Kische und Dennis Kittler, die in der NPD-Abspaltung „Frontbann 24" aktiv sind, aber auch der NPD-Direktkandidat für Berlin-Spandau Sebastian Thom erkannt.

In einem von NPD-Abtrünnigen betriebenen Blog heißt es, der Anlass der Spontandemonstration sei der Kampf gegen Ausländerkriminalität gewesen, nachdem „zwei südländisch wirkende Männer" eine „junge Deutsche" vergewaltigt hätten. Die Parolen während des Aufmarsches richteten sich aber auch gegen „linke Gewalt und ihre Unterstützer". Nachdem am 25. August bei der braunen Szene-Kneipe „Zum Henker" in Berlin-Niederschöneweide Scheiben eingeschlagen und Farbbeutel gegen die Hauswand geworfen worden waren, wurde auf rechten Internetforen gegen ein „Kartell aus Antifa, Parteien und Medien" gewettert. So hieß es auf „Altermedia": „Dem Überfall ging eine seit Wochen andauernde Hetzkampagne durch Medien, etablierte Parteien und städtische Organe voraus."

Im Süden Neuköllns, wo der Aufmarsch stattfand, gibt es seit längerer Zeit eine aktive rechte Szene. Die hat ihre Aktivitäten allerdings auch in das migrantisch geprägte Nord-Neukölln ausgeweitet. Dort wurden in der Nacht zum 13. August die Scheiben des Lokals der „Chile-Freundschaftsgesellschaft" eingeworfen, die ein wichtiger Treffpunkt vor allem von Menschen aus Lateinamerika ist. In unmittelbarer Nähe waren zahlreiche Aufkleber zu finden, mit denen an den Jahrestag des Todes von Rudolf Heß erinnert wird. In einer Erklärung des Vorstandes der „Freundschaftsgesellschaft" wurde daran erinnert, dass das Zentrum von Menschen aufgebaut wurde, die vor Pinochet aus Chile geflohen waren, in Berlin Zuflucht gefunden hatten und jetzt erneut mit rechter Gewalt konfrontiert würden.

Peter Nowak

Gruselige Vorbilder

Pädogogen, die für die NPD kandidieren, sind längst keine Einzelfälle mehr. Rechtsextreme Indoktrination findet aber auch im Klassenzimmer statt.

„Von Beruf: Lehrer". Die Nennung von Andreas Molaus langjähriger Tätigkeit als Waldorf-Lehrer sorgt in der Öffentlichkeit immer wieder für Erstaunen. Dabei ist der ehemalige niedersächsische NPD-Spitzenkandidat längst keine Ausnahme. Seit Jahrzehnten führen Pädagogen, Erzieher oder Dozenten die braune Szene mit an. Doch fast alle scheuen öffentliche Auftritte. Um ihre Berufslaufbahn nicht zu gefährden, treten die meisten extrem rechten Lehrer/innen erst mit beginnendem Rentenalter oder nach der Pensionierung offen auf.

Zur Bundestagswahl tritt in Niedersachsen neben der „Sonderarbeitspädagogin i.R." Karin Hollack aus Hannover auch der Dresdner Stadtrat und Ex-Lehrer Werner Klawun (Wahlkreis Wilhelmshaven) für die NPD an. Als NPD-Direktkandidat für die Landtagswahl in Thüringen bewarb sich der diplomierte Lehrer Klaus Städtler aus Gotha. Städtler ist 1946 geboren und im Ruhestand.

Imke Thomas, führendes Mitglied der rassistischen „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft" geht inzwischen offen mit ihrer beruflichen Vergangenheit um, nutzt sie sogar für politische Zwecke. Die Stellvertreterin des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger blickt in ihrem Artikel „Die Kinderstube des Volkes" auf „mehr als 30 Jahre begeisternden Lehrerlebens an den verschiedensten Schultypen" zurück. Ihre Erfahrungen möchte sie an die Eltern des Nachwuchses der braunen Szene weitergeben. Thomas schwärmt von „unserem Reich der Deutschen", schimpft über Klassen „mit Andersrassigen aus allen Erdteilen". Ihre Aufgabe sieht sie darin, den „Gefährten" Hilfestellung bei der Erziehung ihrer Kinder zu „wahrhaft deutschen Menschen" zu geben. „Im Zuge der großangelegten Umerziehung in der Schule" aber, so die ehemalige Lehrerin, werde der Jugend ein unvollkommenes oder „sogar falsches" Geschichtsbild aufgezwungen – und das möchte sie korrigieren.

Weniger vorsichtig als Imke Thomas waren dagegen ihre Kolleginnen Karin Schmutzler und Ingeborg Godenau. Die Hamburgerin Schmutzler sorgte 2007 für Schlagzeilen, als sie dem WDR-Magazin „Frau-TV" ein Interview gab. Die Musiklehrerin war zuvor nicht nur von der NPD als Ansprechpartnerin empfohlen worden, sondern machte vor der Kamera aus ihrer politischen Einstellung auch keinen Hehl. 2002 hatte sie für die Republikaner für den Bundestag kandidiert, war dann zur NPD gewechselt. Das Hamburger Postfach der kürzlich verbotenen braunen Kindererziehungsorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend" (HDJ) lief zeitweilig auf Schmutzlers Namen. Fast zwei Jahrzehnte lang dachten Karin Schmutzler und ihr Ehemann Jochen, ein rechter Burschenschafter und NPD-Anhänger, dass sich Lehrerschaft und extrem rechte Ansichten bestens vereinbaren ließen. „Ich habe bestimmt nie ein Kind beeinflusst", verteidigte die lehrende Neonazistin sich gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit", um kurze Zeit später zu behaupten: „Ich kann den Kindern ein geschlossenes Weltbild geben". Schmutzler galt als resolut und überzeugt. Nach Medienberichten und Elternkritik versetzte die Hamburger Schulbehörde die Beamtin in den Innendienst, ihr Ehemann, Lehrer an einer katholischen Privatschule, wurde entlassen.

„Ein falsches Geschichtsbild korrigieren"

Zum Ende einer Dienstzeit kam es auch für die Lehrerin Ingeborg Godenau, die im hessischen Eltville Biologie und Französisch unterrichtete. Sie galt als beliebt und engagiert. Allerdings gehören sie und ihr „polizeilich bekannter amerikanischer" Ehemann seit langem der extrem rechten Szene an. Als Ingeborg Godenau vor ein paar Jahren als Spitzenkandidatin des „Bürgerbündnis' PRO Schwalm-Eder" bei den Kommunalwahlen antrat, sorgte dies für Empörung. Nach Angaben des Innenministeriums handelt es sich bei dem Bürgerbündnis „überwiegend um Republikaner, frühere Republikaner sowie Personen aus dem Umfeld der NPD und aus der neonazistischen Skinheadszene". Ein Umstand, den das Kultusministerium in Hessen nicht länger dulden konnte. Godenau wurde suspendiert, die Verfassungstreue der Realschullehrerin werde überprüft, hieß es.

Die Wissenschaftlerin und Rechtsextremismusexpertin Michaela Köttig warnt vor der Strategie der Neonazis, gesellschaftlich relevante Positionen auch mit jungen Mädchen und Frauen zu besetzen. Gerade sie würden ihre Berufsfelder mit Bedacht wählen, so die Erkenntnis

der Soziologin, die zahlreiche Neonazistinnen interviewt hat. „Sie studieren Geschichte auf Lehramt, um ihr Geschichtsbild zu vermitteln“, berichtet Köttig, „sie werden mit Vorliebe Sozialarbeiterin oder Erzieherin, um möglichst viele Kinder und Jugendliche prägen zu können“.

Die Thüringer NPD brüstet sich damit, seit Mitte letzten Jahres einen eigenen „Arbeitskreis Bildungspolitik“ gegründet zu haben. In diesem Kreis würden „mehrere Lehrer, Erzieher und Hochschuldozenten sowie Schüler und Studenten mitwirken“, die „ihr Augenmerk verstärkt auf die Bildungspolitik im Land“ richteten und unter anderem einen „eigenständigen Entwurf zum Thüringer Schulsystem“ planten. Die ehemalige Thüringer Spitzenkandidatin der NPD, Rita Hoffmann, wirkte bis zu ihrer Pensionierung vor wenigen Jahren als Oberstufenlehrerin für Deutsch und Geschichte in Gerstungen.

Holocaust-Leugner im Schuldienst

Oft konnten Lehrerlaufbahnen, die steil während der NS-Zeit begonnen hatten, nach 1945 ungehindert weitergeführt werden. Florian Kautter, Sprecher des Landesausschusses der Studierenden in der GEW Berlin, warnt davor, dass symbolisch mit „Herrn und Frau Braun“ in den Klassenzimmern gelebt würde. Er weiß von der „nicht aufgearbeiteten Geschichte der Weiterbeschäftigung von NS-Beamten“ nach Kriegsende sowie dem Einfluss rechtslastiger Pädagogen auf die Gesellschaft. Ein Beispiel: Der 1905 geborene Studienrat Werner Preisinger verdingte sich zunächst als Jugenderzieher auf den NS-Ordensburgen. In der neuen Bundesrepublik wirkte er an der Gründung des später zeitweilig als „verfassungsfeindlich“ eingestuften „Bund für Gotterkenntnis – Die Ludendorffer“ mit. Seine Familie führt heute dessen Ableger „Arbeitskreis Lebenskunde“ mit zahlreichen Jugendangeboten und Reisen mit an. Auch der Ludendorff-Anhänger Gerhard B. war Lehrer an einem Gymnasium in Braunschweig.

Der Rotenburger Sonderschullehrer Friedrich Pieper referierte in den 90er Jahren im damaligen größten Neonazi-Zentrum Hetendorf über die „germanischen Luren“, auch wurde er als Anhänger der Altnazi-Organisation „Stille Hilfe für Kriegsgefangene“ geführt. Konfrontiert mit den Vorwürfen gab sich Pieper ahnungslos.

Der Ex-Lehrer und Holocaust-Leugner Joachim Schäfer aus Meerbusch wurde 2007 wegen Volksverhetzung verurteilt. Nach eigenen Angaben hatte er es zuvor in seiner beruflichen Laufbahn zum stellvertretenden Direktor einer deutschen Schule in Tokio geschafft. Auch der ehemalige Waldorf-Lehrer Bernhard Schaub gehört zum Kreis der Revisionisten. Bis 1998 lehrte Schaub im Bereich der Erwachsenenbildung in der Schweiz Geschichte und Deutsch. Aus der Schweiz stammt ursprünglich auch der verurteilte Neonazi und Kurzzeit-Lehrer Jürgen Graf. Er unterrichtete Deutsch und Französisch, bevor er sich dem Netzwerk internationaler Holocaust-Leugner anschloss.

Zum illustren Kreis radikaler Fanatiker zählt vor allem Günter Deckert, ehemaliger Oberstudienrat aus Weinheim. Der frühere NPD-Chef wurde bereits 1988 im Rahmen eines Disziplinarverfahrens wegen „Verstoßes gegen die politische Treuepflicht und des Mäßigungsverbotes“ aus dem baden-württembergischen Schuldienst entfernt.

Ronald D. und Sieglinde S. lehren noch. Ronald D. ist Pädagoge in Nordrhein-Westfalen – früher gehörte er der NPD-Führung in Norddeutschland an. Bei seinen Schülern hingegen soll er inzwischen vor allem wegen seines Faibles für das Dritte Reich auffallen. Was wohl nur die Wenigsten wissen: Bereits 1966 war D. in die NPD eingetreten, seit Anfang 1975 als Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Oldenburg aktiv und später NHB-Vize und einer der Anführer der Jungen Nationaldemokraten.

Die Lehrerin Sieglinde S. gehört dem völkischen Spektrum der rechten Szene an. Die 28-Jährige unterrichtet Latein und Geschichte in Minden. In der Schulzeitung berichtet sie stolz davon, dass sie von klein auf im „Wandervogel“ aktiv war, sie erklärt den Schülern, das sei „so etwas Ähnliches wie Pfadfinder“ und dort sei sie seit zehn Jahren Gruppenleiterin. Ihr Ehemann scheint im bündischen Lager aktiv. Die Lehrerin selbst organisierte noch 2008 ein überbündischen Treffen auf der Burg Hohnstein in Sachsen mit, an dem unter anderem der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub teilnahm.

Andrea Röpke

Schauriger Jahrestag

Der Erlass der Richtlinien für die Einsatzgruppen und die Schaffung des Reichssicherheitshauptamts im September vor 70 Jahren waren wichtige Bausteine im NS-Rasse- und Vernichtungskrieg.

Blickt man in diesen Tagen zurück auf die deutsche Zeitgeschichte, findet man fast immer Daten, an die zu erinnern sich lohnt. Meist sind es blutige Ereignisse, die 70 Jahre zurück liegen – kein Wunder, denn vor sieben Jahrzehnten begann der Zweite Weltkrieg. Nimmt man es historisch genau, müsste man formulieren, es begann der Krieg, der zum Zweiten Weltkrieg wurde. Das war erst der Fall, als Deutschland den USA im Dezember 1941 den Krieg erklärt hatte, nachdem Japan durch den Überfall auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor in den Krieg eingetreten war.

Ob Deutschland von Anfang an den Rasse- und Vernichtungskrieg geplant hat, wird in gewissen Kreisen bezweifelt. Ein Blick in die Zeitgeschichte zeigt aber, dass es daran keinen Zweifel gibt. Um ganze Bevölkerungsgruppen zu versklaven oder zu vernichten, brauchte das NS-Regime Spezialkräfte – Einsatzgruppen. Für ihren Einsatz ergingen bereits drei Wochen nach dem Überfall auf Polen entsprechende Richtlinien. Als „politische Sondereinheiten“ hatten sie zwar schon vor dem „Anschluss“ Österreichs bestanden und waren auch nach dem „Einmarsch“ in die Tschechoslowakei aktiv gewesen, aber die endgültigen Richtlinien ergingen erst, als das „Dritte Reich“ im Osten mit der „Neugliederung“ Europas beginnen konnte. Das war nach der Kapitulation Polens am 28. September 1939.

Am 21. September 1939 schickte der Chef des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, den Kommandeuren der sechs Einsatzgruppen Richtlinien für ihren „Einsatz“. Es waren Anweisungen für den Beginn des Vernichtungskrieges gegen Juden. Sie seien, so Heydrich, in größeren Städten zusammenzufassen, die an Bahnlinien lägen. So sei deren Deportation leichter. Judenräte sollten die innere Leitung der Ghettos übernehmen. Die oberste Kontrolle liege bei der Kommandeuren der Einsatzgruppen. So waren die Voraussetzungen für die spätere Konzentration und Vernichtung nicht nur der polnischen Juden geschaffen. Nach diesen Einsätzen war deren „Arbeit“ in Polen beendet. Die Angehörigen der Kommandos kehrten in ihre Standorte in Polen zurück, blieben aber im Land – für neue Spezialaufgaben im Verlauf des Krieges.

Die kamen mit dem Überfall auf die UdSSR im Juni 1941. Hitler hatte vor dem Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ gegenüber deutschen Truppenkommandeuren erklärt, im bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion werde es zu einem „Zusammenprall zweier Weltanschauungen“ kommen. Der Erfolg würde nicht durch militärische Siege entschieden, sondern durch die Ausschaltung der Träger der konkurrierenden Ideologien und ihrer Anhänger.

Dazu bedurfte es aber einer zentralen Behörde, die unabhängig von Gestapo und Kriminalpolizei die Aufgaben dieses „Zusammenpralls“ in die Tat umsetzten konnte. Das wurde das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), in dem am 27. September 1939 zwei Polizeiämter zusammengefügt wurden – eine der am meisten gefürchteten Behörden im NS-Staat. Es bestand aus vier Ämtern mit jeweils eigenen Aufgaben und hatte sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik das Sagen.

Da es hier um Daten der Erinnerung vor 70 Jahren geht, muss die Rolle des RSHA vor allem im Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg geschildert werden. Hier spielte der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, eine zentrale Rolle. Himmler war schließlich auch Befehlshaber der Höheren SS- und Polizeiführer und konnte deshalb auch den Einsatzkommandos Befehle erteilen. Zu seiner neuen Behörde als Chef des RSHA gehörte auch das Referat IV B unter Adolf Eichmann, dem Judenreferat. Eichmann koordinierte bekanntlich die Maßnahmen gegen Juden, ihre Verfolgung und Deportation in Ghettos, Zwangsarbeiter- und Vernichtungslager. Das Kommunismus-Referat – der Name sagt es – koordinierte innenpolitisch die Verfolgung und Vernichtung von Kommunisten. Im Kommandostab des RSHA wurden mit dem Überfall auf die UdSSR im Herbst 1941 die Gaswagen entwickelt, mit denen der Völkermord vollstreckt wurde.

Der 21. und der 27. September 1939 markieren im Rasse- und Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten schaurige, entscheidende Höhepunkte.

Heiner Lichtenstein

Die Umzugskisten gepackt

München/Hamburg – Die Deutsche Volksunion (DVU) verlegt nach 22 Jahren ihren Sitz von München nach Hamburg. In Hamburg wohnt Matthias Faust (Jg. 1971), der im Januar zum Nachfolger von Gerhard Frey (München) als DVU-Bundesvorsitzender bestimmt wurde. Frey hatte die DVU 1987 gegründet, in seinem Anwesen in der Paosostraße im Münchner Westen residierte auch die DVU-Zentrale. Der „Worch-Adlatus" (Hamburger Verfassungsschutz) Faust gehörte einst der Jungen Union, der CDU, den Republikanern und der NPD an. 2007 schloss sich Faust der DVU als Mitglied an. Faust stehen als DVU-Stellvertreter Ingmar Knop, Thomas Mehnert und Hans Weidenbach zur Seite. (am)

Sinkende Zustimmung

Dresden – Bei der Landtagswahl in Sachsen ist der NPD erstmals der Wiedereinzug in ein Landesparlament gelungen. Mit einem Ergebnis von 5,6 Prozent (100 832 Stimmen) gingen der rechtsextremen Partei gegenüber 2004 allerdings über 90 000 Wählerinnen und Wähler verlustig. Die rechtsextreme Partei ist künftig mit acht Abgeordneten im Dresdner Landtag vertreten. Festzuhalten ist, dass die NPD in sämtlichen Wahlkreisen mit überdurchschnittlich hohem Ergebnis im Vergleich zu 2004 Wählerstimmen verloren hat. Ihren höchsten Stimmenanteil erzielte die NPD im Wahlkreis 50 (Sächsische Schweiz 2) mit 10,1 Prozent (2004:15,1%). Ergebnisse mit mehr als sieben Prozent holte die NPD in 13 von 60 Wahlkreisen: Riesa-Großenhain 2(WK 38) 8,8%(19,3), Torgau-Oschatz (WK 33) 8,3% (11,4), Niederschlesische Oberlausitz 1 und 2 (WK 56 und 57) 8,3% (10,3), 8,2% (10,9), Löbau-Zittau (WK 59) 8,2% (11,2), Sächsische Schweiz 1 (WK 49) 8,0% (11,8), Annaberg (WK 17) 8,0% (14,0), Riesa-Großenhain 1(WK 37) 7,8% (11,3), Muldental 1 (WK 34) 7,4% (10,0), Aue Schwarzenberg 2 (WK 6) 7,4% (11,4), Görlitz (WK 58) 7,3% (9,9) sowie Mittleres Erzgebirge (WK 18) 7,1% (12,1). (bnr)

„Volksgeschwister"

Berlin – Russlanddeutsche rufen zur Wahl der NPD bei der Bundestagswahl am 27. September auf. Der Wahlaufruf, unterzeichnet vom „Arbeitskreis Russlanddeutsche in der NPD", dem „Freundeskreis der Russlanddeutschen Konservativen" und „www.volksdeutsche-stimme.de", soll als Flugblatt „bundesweit schwerpunktmäßig in Wohngegenden mit einem besonders hohen Anteil von Russlanddeutschen verteilt werden." Die NPD, so heißt es in dem Aufruf, sei „die einzige Partei, die Deutsche aus Russland als Volksgeschwister ansieht", gegen „die Überfremdung unserer deutschen Heimat" kämpft und „als einzige Partei Widerstand gegen den Versuch" leistet, „aus der deutschen Geschichte ein Verbrecheralbum zu machen". Treibende Kraft bei der Verbrüderung von Russlanddeutschen und der NPD ist Johann Thießen aus Hürtgenwald im Kreis Düren. Thießen war Redner beim NPD-Bundesparteitag 2008 in Bamberg. Das Verhältnis zwischen Rechtsextremisten und Russlanddeutschen ist jedoch ambivalent. Einerseits bemüht sich die NPD in diesen Kreisen um Wähler und Mitglieder, andererseits gibt es immer wieder Streitigkeiten zwischen beiden Gruppen. So lieferten sich Rechtsextremisten und Russlanddeutsche im März im bayerischen Schwandorf eine Straßenschlacht, an der rund 60 Personen beteiligt waren. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de